

Niederschrift

über die 23. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Rates der Stadt Sassenberg (2009-2014) am 01.04.2014 im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind unter dem Vorsitz von Bürgermeister Josef Uphoff

die Ausschussmitglieder

Arenhövel, Martin	-zu Pkt. 1.4 ztw., ab Pkt. 1.5-
Buddenkotte, Wilhelm	
Ostlinning, Ludger	
Völler, Wolf-Rüdiger	
Westhoff, Alfons	
Lange, Martin	-zu Pkt. 11 ztw., ab Pkt. 1.2-
Röhl, Philipp	
Franke, Michael	
Schumacher, Albert	
Philipper, Johannes	-zu Pkt. 1.3, 11.2 und 11.5 ztw., ab Pkt. 1.4-, außer 11.3 bis 11.4-

es fehlen:

Heseker, Ludwig
Oertker, Herbert

als Gast

Brinkemper, Ralf -bis Pkt. 10-

von der Verwaltung

Kniesel, Martin
Holtkämper, Guido
Helfers, Helmut
Nüßing, Günter

Bürgermeister Uphoff eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Er stellt fest, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Öffentlicher Teil

1. Bericht des Bürgermeisters

1.1. Haushaltssatzung 2014

Bürgermeister Uphoff berichtet über die Verfügung bzw. Genehmigung des Landrates des Kreises Warendorf vom 26.02.2014, mit dem der Landrat auf die seitens des Rates beschlossene Haushaltssatzung 2014 eingeht und die festge-

setzte Verringerung der allgemeinen Rücklage genehmigt. Die vorgenannte Verfügung des Landrates wird überwiegend im Wortlaut verlesen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.2. Verfahren gegen die Zuweisungen nach den Gemeindefinanzierungsgesetzen 2011 bis 2014

Bürgermeister Uphoff geht auf die Verfahren gegen die Zuweisungen nach den Gemeindefinanzierungsgesetzen 2011 bis 2014 ein. Insbesondere wird festgehalten, dass der Termin zur mündlichen Verhandlung in dem Verfahren „Verfassungsbeschwerde gegen das GFG 2011“ auf den 08.04.2014 festgesetzt worden sei. Mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes werde noch nicht gerechnet.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.3. Einführung der Wertstofftonne

Der Bürgermeister geht unter Hinweis auf eine Berichterstattung in einer örtlichen Tageszeitung vom 15.02.2014 auf die im Rahmen der Besprechung der Hauptverwaltungsbeamten des Kreises Warendorf erörterte Einführung der Wertstofftonne ein, die unter Berücksichtigung des gebildeten Arbeitskreises voraussichtlich frühestens zum 01.01.2016 möglich werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.4. Beschaffung des Feuerwehrfahrzeuges LF/GW-Logistik für die Freiwillige Feuerwehr, Löschzug Sassenberg

Bürgermeister Uphoff berichtet, dass das neue Feuerwehrfahrzeug LF/GW-Logistik für die Freiwillige Feuerwehr, Löschzug Sassenberg noch nicht ausgeliefert werde. Dem Auftragnehmer sei nunmehr eine Frist zur Nachbesserung bis zum 13.05.2014 gegeben worden. Der am 04.05.2014 vorgesehene Tag der offenen Tür der Freiwilligen Feuerwehr sei vor allem aus diesem Grunde nicht möglich.

Nachdem auf Nachfrage von Am. Ostlinning, L. der Bürgermeister nähere Erläuterungen zu den Gründen für die erneute Verzögerung der Auslieferung gibt, nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

1.5. Neuausrichtung des Landesverbandes der Volkshochschulen und Veruntreuung von Haushaltsmitteln beim Landesverband

Bürgermeister Uphoff spricht die auch in örtlichen Tageszeitungen erwähnte Veruntreuung von Haushaltsmitteln beim Landesverband der Volkshochschulen und die Neuausrichtung sowie die Konsolidierung der Finanzen des Landesverbandes an. Hierbei wird der Schnellbrief des Städte- und Gemeindebundes NRW vom 27.03.2014 im Wortlaut verlesen. Der Städte- und Gemeindebund empfehle hierin, auch dem finanziellen Vorschlag, zusätzlich zum Mitgliedsbeitrag 2014 eine rückzahlbare einmalige Vorgriffszahlung in Höhe von 50 % des jeweiligen Jahresmitgliedsbeitrages festzulegen, zu folgen. Auf die insofern voraussichtlich eintretenden Auswirkungen auf den Haushalt des Zweckverbandes „Volkshochschule Warendorf“, dem auch die Stadt Sassenberg angehöre, geht der Bürgermeister weiter ein.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. Genehmigung und Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

2.1. Bekanntgabe der durch den Bürgermeister genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen

Entfällt.

2.2. Überplanmäßige Auszahlungen im Budget für die Personal- und Versorgungsauszahlungen im Haushaltsjahr 2013

Die Verwaltung geht anhand der Vorlage vom 19.03.2014 ausführlich auf die Ergebnisse der Budgets für die Personal- und Versorgungsaufwendungen im Haushaltsjahr 2013 ein. Das nach Abschluss der Buchungen für das Haushaltsjahr 2013 für den Bereich Personal und Versorgung einschließlich der Buchungen für die Personalrückstellungen sich ergebende unterschiedliche Bild wird dargestellt bzw. beziffert. Bezüglich der Aufwendungen wird festgehalten, dass der Mehrbedarf bei den Versorgungsaufwendungen innerhalb des Budgets durch den Minderbedarf bei den Personalaufwendungen gedeckt werden kann.

Weiter hält die Verwaltung fest, dass bezüglich der Auszahlungen ein Mehrbedarf bei den Beiträgen zu den Versorgungskassen Beamte in Höhe von 17.660,44 € und bei den Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Versorgungsempfänger in Höhe von 25.719,70 € bestehe, somit insgesamt in Höhe von 43.380,14 €. Dieser Mehrbedarf bei den Versorgungsauszahlungen kann nur teilweise innerhalb des Budgets durch den Minderbedarf bei den Personalauszahlungen gedeckt werden. Die Deckung für einen Betrag in Höhe von aufgerundet 31.300,00 € müsste überplanmäßig bereitgestellt werden. Die Deckung sei durch Mehreinzahlungen aus der Gewerbesteuer möglich.

Einstimmiger Beschlussvorschlag:

„Im Budget für die Personal- und Versorgungsauszahlungen werden für das Haushaltsjahr 2013 überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 31.300,00 € genehmigt. Deckung: Mehreinzahlungen Gewerbesteuer, Produkt 16.01.01 -Steuern, Allgemeine Zuweisungen und Umlagen-, Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit.“

2.3. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Produkt 05.01.02 -Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz- im Haushaltsjahr 2013

Anhand der Tischvorlage vom 01.04.2014 spricht die Verwaltung den nach dem jetzt vorliegenden voraussichtlichen Jahresabschlussergebnis für das Produkt 05.01.02 -Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz- festgestellten weiteren Mittelbedarf an. Ende September 2013 habe sich zunächst abgezeichnet, dass das Budget von 131.000,00 € zur Bestreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgabenerfüllung nicht ausreichen würde. Nach den damaligen Berechnungen sei angenommen worden, dass für die Betreuung der Asylbewerber bis zum Ende des Jahres 2013 noch weitere 60.000,00 € an Haushaltsmitteln benötigt würden. Entsprechende überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen habe der Rat in seiner Sitzung vom 17.10.2013 -Pkt. 6.2 d. N.- genehmigt. Auch dieser erhöhte Gesamtansatz von 191.000,00 € sei für den bestehenden Bedarf nicht ausreichend. Es bestehe ein weiterer Bedarf in Höhe von rd. 7.500,00 €. Diese zusätzlich benötigten Mittel seien ebenfalls noch haushaltsrechtlich durch Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zu ermächtigen.

Nachdem Am. Philipper – wie in der Sitzung des Ausschusses am 08.10.2013 - Pkt. 2.2 d. N.- – die voraussichtliche Entwicklung in Folgejahren anspricht und der Bürgermeister sowie die Verwaltung hierzu Erläuterungen geben, unterbreitet der Ausschuss dem Rat einstimmig folgenden Beschlussvorschlag:

„Im Produkt 05.01.02 -Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz- werden für das Haushaltsjahr 2013 zu Teilergebnisplan Ziffer 15 - Transferaufwendungen- über die bereits genehmigte Haushaltsüberschreitung durch den Rat vom 17.10.2013 -Pkt. 6.2 d. N.- hinaus weitere überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 7.500,00 € genehmigt. Deckung: Mehrerträge aus Erstattungen des Landes im Produkt 05.01.04, Teilergebnisplan Ziffer 03 -Sonstige Transfererträge-.

Gleichzeitig werden im Produkt 05.01.02 -Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz- für das Haushaltsjahr 2013 zu Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit- über die bereits genehmigte Haushaltsüberschreitung durch den Rat vom 17.10.2013 -Pkt. 6.2 d. N.- hinaus weitere überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 7.500,00 € genehmigt. Deckung: Mehreinzahlungen aus Erstattungen des Landes im Produkt 05.01.04, Teilfinanzplan Ziffer 17 -Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit-.“

3. Quartalsbericht über die Ausführung des Haushaltes

Anhand der Tischvorlage vom 01.04.2014 und insbesondere der als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Finanzstatusübersicht gibt die Verwaltung einen Bericht zur Ausführung des Haushaltes 2014 zum Ende des I. Quartals.

Der Ausschuss nimmt den Quartalsbericht über die Ausführung des Haushaltes 2014 zur Kenntnis.

4. Entwicklung eines Konzeptes zur Verbesserung des Sicherheits- und Ordnungsempfindens für die Stadt Sassenberg - Antrag der SPD-Fraktion vom 27.01.2014

Unter Hinweis auf die umfangreiche Vorlage vom 19.03.2014 spricht die Verwaltung zunächst den Antrag der SPD-Fraktion zur Aufstellung eines Konzeptes zur Verbesserung des Sicherheits- und Ordnungsempfindens für die Stadt Sassenberg, vergleichbar mit dem der Stadt Ennigerloh, an. Auf das insofern erstellte Konzept geht die Verwaltung ausführlich ein und gibt hierzu ergänzende Erläuterungen. In den eventuellen Ordnungsdienst könnte voraussichtlich auch die aufsuchende Jugendarbeit des Kreises Warendorf einbezogen werden, wodurch z. B. auch die Kosten verringert werden könnten.

Vor der sich anschließenden regen Diskussion erläutert zunächst Am. Franke den o. a. Antrag der SPD-Fraktion. Ein Tätigwerden sei nötig, so dass mit den beschriebenen Präventivmaßnahmen unter Einbeziehung des Kreisjugendamtes begonnen bzw. der Versuch gestartet werden sollte.

Weiter werden in der Diskussion von einzelnen Ausschussmitgliedern intensiv Aspekte im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von und der Mitwirkung bei Präventionsmaßnahmen einschließlich der personellen Möglichkeiten der Polizei angesprochen. Hierzu gibt der Bürgermeister umfassende Hinweise. Die Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen wird ausdrücklich festgehalten, wobei nach einer Stellenausschreibung und einem Beginn in den Sommermonaten die Maßnahmen im ersten Jahr noch nicht in dem beschriebenen Umfang umgesetzt und zu den voraussichtlichen jährlichen Kosten führen könnten.

Am. Völler äußert die Sorge, dass zunehmend weniger Polizei zur Verfügung gestellt werde, wenn immer mehr Kommunen eigenständig Präventionsmaßnahmen umsetzen. Er habe jedoch vollstes Verständnis für die vorgeschlagenen Maßnahmen, da hier Appelle allein nicht mehr ausreichen würden. Am. Buddenkotte spricht sich für die Umsetzung der Maßnahmen an den von der Verwaltung beschriebenen neuralgischen Punkten aus. Der Versuch sollte gestartet werden. Den Ordnungsmaßnahmen kann weiter Am. Arenhövel zustimmen. Über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen und deren Verlauf sollten regelmäßig Informationen vorgelegt werden. Am. Philipper sieht die Realisierung von Ordnungsmaßnahmen durch die Stadt Sassenberg unter den Aspekten „Überwachung“ und der finanziellen Belastung vor Ort teilweise kritisch. Er werde den Vorschlag jedoch nicht ablehnen und die Umsetzung kritisch begleiten. Am. Schumacher äußert sich in der Weise, dass er ungeachtet der mit der Durchführung der Maßnahmen verbundenen Überwachung der Umsetzung des Konzeptes zustimme. Am. Lange schlägt vor, den Versuch zur Verbesserung der Situation zu starten.

Mit 10 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung beschließt der Ausschuss:

„Die Verwaltung wird beauftragt einen Ordnungsdienst mit nachfolgenden Parametern einzurichten:

- a) Überwachungszeitraum: 26 Wochenenden jeweils freitags und samstags von 21:00 Uhr bis 3:00 Uhr
- b) Aufgaben:
- Kontrolle der neuralgischen Schwerpunkte in Sassenberg und Füchtorf wie z. B. Kinderspielplätze, Brook, Schulen usw.
 - Aussprechen von Platzverweisen
 - Kontrollen nach dem Jugendschutzgesetz
 - Personalienfeststellung und Strafanzeigen fertigen
 - möglicher Einsatz auch im Rahmen von Sonder- und Großveranstaltungen wie z. B. 1. Mai am Feldmarksee
- c) Personalbedarf: 4 bis 6 Mitarbeiter
- d) Einrichtungskosten:
- | | |
|---|-----------------|
| Beschaffung Einsatzfahrzeug (Gebraucht-Pkw) | 10.000,00 € |
| Beschriftung Fahrzeug | 1.000,00 € |
| Dienstkleidung (6 Personen) | 3.000,00 € |
| Funkgeräte | 1.000,00 € |
| Ausbildung Personal (6 Personen) | 3.000,00 € |
| Pfefferspray, Handy | <u>500,00 €</u> |
| Gesamtkosten | 18.500,00 € |
- e) Jährliche Fixkosten:
- | | |
|--|-----------------|
| Personalkosten 26 Wochenenden einschl. Urlaub | 11.074,06 € |
| Kosten Fahrzeug (400 km x 0,30 € x 26 Wochenenden) | 3.120,00 € |
| Wartung und Reparatur Fahrzeug (jährlich) | 1.000,00 € |
| Handykosten 10,00 € x 12 Monate | <u>120,00 €</u> |
| Gesamtkosten | 15.314,06 €“ |

5. Dachausbau Kindergarten Abenteuerland - Durchführungsbeschluss -

Der Bürgermeister geht kurz auf die bisherigen Beratungen zum Ausbau des Dachgeschosses der Kindertagesstätte „Abenteuerland“ ein, wie sie in der Vorlage vom 24.03.2014 festgehalten sind. Insbesondere weist er auf die Beratungen in der Sitzung des Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschuss am 18.02.2014 -Pkt. 4 d. N.- und den Ortstermin am 11.03.2014 hin.

Am. Völler nimmt weiter in der Weise Stellung, dass er dem Ausbau angesichts sinkender Kinderzahlen nur schweren Herzens zustimme. Am. Lange führt aus, dass das Konzept logisch und schlüssig sowie der Ausbau wichtig sei. Dem Dachausbau stimmt ferner Am. Philipper zu.

Einstimmiger Beschluss:

„Dem Infrastrukturausschuss wird empfohlen zu beschließen:

Gem. Ziffer 2.2.3 und 5.1.4 des Beschlusses des Rates vom 16.12.2004 erfolgt der Ausbau des Dachgeschosses der Kindertagesstätte ‚Abenteuerland‘. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Maßnahmen umzusetzen.“

6. Ersatzbeschaffung eines KFZ für den Schülerspezialverkehr - Durchführungsbeschluss -

Die Verwaltung geht anhand der Vorlage vom 21.03.2014 ausführlich auf die vorgesehene notwendige Ersatzbeschaffung eines Kfz für den Schülerspezialverkehr ein. Hierbei werden die verschiedenen in der Vorlage aufgeführten Aspekte aufgegriffen und erläutert.

Weiter äußern sich zu der Angelegenheit Am. Schumacher, Am. Arenhövel, Am. Lange, Am. Philipper und Am. Westhoff. Während Am. Schumacher die Ausstattung des neuen Fahrzeuges mit einer Freisprecheinrichtung erwähnt, sieht Am. Arenhövel die Notwendigkeit der Ersatzbeschaffung als gegeben an. Von ihm und weiter von Am. Lange sowie Am. Westhoff wird der Einbau einer Klimaanlage aufgegriffen. Am. Lange spricht ergänzend die Bitte aus, den HH-Ansatz nicht ganz auszuschöpfen. Für die letztlich entstehenden Kosten sei besonders die geforderte Ausstattung relevant, wobei eventuell auch ein Jahreswagen beschafft werden könnte, so Am. Philipper. Bürgermeister Uphoff hält abschließend fest, dass die Verwaltung das Ausschöpfen der Haushaltsansätze stets nicht als Pflicht ansehe.

Einstimmiger Beschluss:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der im Produkt 03.01.04 - Schülerbeförderung- zur Verfügung stehenden Mittel ein Kfz für den Schülerspezialverkehr zu beschaffen. Die Hersteller Volkswagen, Mercedes Benz, Opel, Ford und Renault sollen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Die Ausschreibung soll folgende Rahmenbedingungen enthalten:

Transporter Kombi Radstand 3.000 mm

Motor 2,5 l TDI 96 kW mit Dieselpartikelfilter Euro Norm 5 oder gleichwertig 9-Sitzer, 6 Sitze im Fahrgastraum

Beifahrer-Doppelsitzbank

Anhängervorrichtung starr 2 t gebremst

Klimaanlage mit mechanischer Regelung im Fahrerhaus

Ganzjahresreifen

Mobiltelefonvorbereitung mit Freisprechanlage.“

7. Finanzielle Beteiligung der Stadt am geplanten Triathlon-Konzept des VfL Sassenberg

Unter Hinweis auf die Vorlage vom 26.02.2014 geht der Bürgermeister auf das künftige Triathlon-Konzept mit Festivalcharakter unter dem Motto „Vielfalt am Feldmarksee“ gemäß Schreiben des VfL Sassenberg vom 15.09.2014 ein. Weiter wird eine finanzielle Beteiligung der Stadt Sassenberg angesprochen. Aufgrund der Beratungen mit den Fraktionen seien im Haushaltsplan 2014 für diesen Zweck Mittel nicht eingestellt worden. Aufgrund der finanziellen Lage der Stadt und aufgrund des bereits gegebenen erheblichen Personaleinsatzes des Bauhofes anlässlich der jährlichen Triathlon-Veranstaltung sollten zusätzliche Mittel nicht bereitgestellt werden.

Einstimmiger Beschluss:

„Die Stadt Sassenberg beteiligt sich nicht an den Kosten eines geplanten Triathlon-Konzeptes gemäß dem Schreiben des VfL Sassenberg vom 15.09.2013, da finanzielle Mittel hierfür nicht zur Verfügung stehen. Außerdem beteiligt sich die Stadt neben ihrer ideellen Unterstützung bereits durch erheblichen Personaleinsatz des Bauhofes an der jährlichen Triathlon-Veranstaltung.“

**8. Zuschuss an die Kath. Pfarrgemeinde St. Johannes Ev. für das "Turmjubiläum"
- Antrag der Pfarrgemeinde vom 18.02.2014**

Bürgermeister Uphoff berichtet unter Hinweis auf die Beratungen in der Sitzung des Sozial-, Jugend-, Kultur-, Sport- und Schulausschusses am 18.02.2014 –Pkt. 6 d. N.- zunächst, dass zur Gewährung eines Zuschusses für die Feierlichkeiten anlässlich des 100-jährigen Turmjubiläums der katholischen Pfarrkirche am heutigen Tage ein Schreiben von Herrn Pfarrer Rösner eingegangen sei, das als Anlage 2 dieser Niederschrift beigelegt ist und weiter vorgelesen wird. Ergänzend habe Herr Pfarrer Rösner auf Nachfrage mitgeteilt, dass ein konkreter Kostenrahmen noch nicht vorliege.

Im Rahmen der folgenden regen Diskussion sprechen sich grundsätzlich Am. Völler, Am. Westhoff, Am. Lange, Am. Arenhövel und Am. Buddenkotte für die Gewährung eines Zuschusses aus. Hierbei werden Aspekte angeführt, die für eine Förderung sprechen. Am. Philipper weist zunächst auf die in jüngerer Zeit im Rahmen von Zuschussentscheidungen geführten Diskussionen hin und lehnt die Gewährung eines Zuschusses für den o. a. Zweck ab. Am. Schumacher führt aus, dass er sich im Falle der Gewährung eines Zuschusses der Stimme enthalten werde. Im Rahmen der Diskussion werden von einzelnen Ausschussmitgliedern Zuschussbeträge in Höhe von bis zu 800,00 € genannt. Am. Lange und Am. Franke könnten einem Zuschuss in Höhe von 800,00 € zustimmen. Unter Berücksichtigung der Wortbeiträge der Ausschussmitglieder unterbreitet Bürgermeister Uphoff dem Ausschuss den Beschlussvorschlag, der katholischen Kirchengemeinde St. Johannes Ev. Sassenberg für die Feierlichkeiten anlässlich des 100-jährigen Turmjubiläums der Pfarrkirche St. Johannes Ev. einen Zuschuss in Höhe von 800,00 € zu gewähren.

Mit neun Ja-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen beschließt der Ausschuss:

„Der katholischen Kirchengemeinde St. Johannes Ev. Sassenberg wird für die Feierlichkeiten anlässlich des 100-jährigen Turmjubiläums der Pfarrkirche St. Johannes Ev. Sassenberg ein Zuschuss in Höhe von 800,00 € gewährt.“

9. Beantwortung von Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen liegen nicht vor.

10. Beantwortung von Anfragen von Zuhörern

Ein Zuhörer greift die zuvor beratene Entwicklung eines Konzeptes zur Verbesserung des Sicherheits- und Ordnungsempfindens für die Stadt Sassenberg und hierbei die Unterstützung/Beteiligung des Kreises Warendorf auf. Der Bürgermeister gibt hierzu Erläuterungen.